

(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

wir zuallererst abzustimmen. Ich weise noch darauf hin, daß es sich hier um Abstimmungen nach § 88 Absatz 1 der Geschäftsordnung handelt.

Wir stimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 11/5568 ab. Wer hierzu seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU in der soeben beschlossenen geänderten Fassung. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Danke schön. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich komme schließlich zu dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/5516. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag Drucksache 11/5516 abgelehnt.

Herr Kollege Dr. Vesper, bitte schön!

(B) Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte eine kurze Erklärung zur Abstimmung abgeben.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Für wen?)

- Für die Fraktion DIE GRÜNEN selbstverständlich, Herr Tschoeltsch; nicht für Ihre Fraktion.

Die Reihenfolge, für die sich der Präsident entschieden hat, hat es mit sich gebracht, daß wir über unseren Antrag zuletzt abgestimmt haben. Ich möchte nur sagen, daß wir unseren Antrag für den weitestgehenden halten, der darum zuerst hätte abgestimmt werden müssen. Er enthält unsere Positionen.

Wir haben dennoch mit Bauchschmerzen auch dem Antrag der SPD-Fraktion zugestimmt, weil wir schon abgesehen haben, daß unser Antrag hier keine Mehrheit finden würde.

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Sonst wären wir jetzt umgefallen!)

(C)

Damit hatten wir auch recht. Dieser Antrag der SPD-Fraktion entspricht nicht völlig unseren Vorstellungen, ist aber ein wesentlicher Fortschritt gegenüber dem Ist-Zustand. Deswegen haben wir ihm mit Bauchschmerzen zugestimmt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Klose: Danke schön. - Ich darf damit diesen Tagesordnungspunkt abschließen.

Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung auf:

Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993 (Nachtragshaushaltsgesetz 1993) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1993 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/5510

erste Lesung

(D)

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Finanzminister Schleußer das Wort. Bitte schön.

Finanzminister Schleußer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich lege Ihnen den Entwurf eines Nachtragshaushaltsgesetzes zum Haushalt 1993 vor. Dieser Haushalt fällt in eine Zeit, in der sich konjunkturelle Einflüsse und strukturelle Probleme durch die Finanzierung der deutschen Einheit in einer tiefgreifenden Finanzkrise des Gesamtstaates verdichten.

Die deutsche Wirtschaft erlebt zur Zeit einen tiefen rezessiven Einbruch. Eine Abnahme des realen Wirtschaftswachstums von fast zwei Prozent im Westen

(A) (Minister Schleußer)

Deutschlands ist mehr als wahrscheinlich. Besonders tiefe Einbrüche zeichnen sich im Investitionsgütergewerbe, in den Sektoren Stahl, Kohle, Textil und Autoindustrie ab. Konjunkturelle und strukturelle Faktoren wirkten zusammen.

Ich will deutlich sagen: Die öffentlichen Haushalte sind nicht in der Lage, die sektoralen Nachfrageausfälle und die rezessiven Entwicklungen durch zusätzliche kreditfinanzierte Ausgabenprogramme wirkungsvoll auch nur im Ansatz auszugleichen. Die öffentliche Hand kann durch ihre Ausgaben fehlende private Nachfrage nicht in den Bereichen ersetzen, wo sie ausfällt. Zudem ist der finanzwirtschaftliche Spielraum für zusätzliche Schuldenaufnahme gleich null.

Meine Damen und Herren! Die Konjunkturkrise führt des weiteren zu erheblichen Einbrüchen bei den Steuereinnahmen. Der Bund und die Mehrzahl der Länder werden ihre Steuereinnahmen nach den Ergebnissen der jüngsten Steuerschätzung bereits 1993 und insbesondere 1994 zurücknehmen müssen. Nach dem bisherigen Zwischenstand der Regionalisierung ist der Steueransatz für 1993 in Nordrhein-Westfalen tragfähig. Und mit einer gewissen Genugtuung stelle ich fest: Unsere Einschätzung ist realistischer gewesen als die zu optimistischen Annahmen der Bundesregierung. Der Nachtrag enthält deshalb keine Korrekturen unserer Steueransätze.

Die strukturellen Probleme für die öffentlichen Haushalte ergeben sich aus der Finanzierung der deutschen Einheit. Die volkswirtschaftliche und damit steuerliche Leistungsfähigkeit Ostdeutschlands und Westdeutschlands klappt weit auseinander.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Es ist erforderlich, im gemeinsamen Staatswesen für gleichwertige öffentliche Leistungen eine annähernd gleichwertige Infrastrukturausstattung bereitzustellen bzw. mittelfristig anzustreben.

Die ostdeutschen Gebietskörperschaften sind über den Finanzausgleich und über Ergänzungszuweisungen finanziell so weit auszustatten, daß sie dies auch leisten können. Die logische Konsequenz: Die zusätzlichen Ausgaben für Ostdeutschland sind entweder aus

dem Bestand oder insgesamt aus erhöhten Staatseinnahmen zu bestreiten.

Mit dem Föderalen Konsolidierungskonzept wurde dieses Problem zwischen Bund und Ländern einvernehmlich geregelt. Als Folge sind bereits für 1993, insbesondere aber in den kommenden Jahren weitere Ausgabenbelastungen für den Landeshaushalt aufzufangen.

Meine Damen und Herren, weitere Mehrausgaben für den Haushaltsvollzug 1993 sind einzustellen. Auf dieser Grundlage hat der Entwurf des Nachtragshaushalts drei Zielsetzungen:

Erstens. Eine Verschärfung der rezessiven Tendenzen durch eine prozyklische Haushaltspolitik gilt es zu vermeiden. Deshalb können zusätzliche Belastungen in 1993 nicht durch Einsparungen bei den konjunktur- oder strukturwirksamen Ausgabeprogrammen aufgefangen werden. Soweit zusätzliche Ausgaben im Jahre 1993 nicht durch Einsparungen ausgeglichen werden können, muß die Nettokreditaufnahme erhöht werden. Wir verhalten uns hier wie der Bund und die übrigen Länder auch.

Zweitens. Die haushaltsmäßigen Voraussetzungen für die Umsetzung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchungen werden geschaffen, um den mittelfristig angestrebten Stellenabbau und die Begrenzung des Zuwachses bei den Personalausgaben sicherzustellen.

Drittens. Die Zusatzleistungen des Landes an die neuen Länder von 581 Millionen DM sind in 1993 zu veranschlagen.

Der Umfang des Nachtrags beträgt ca. 1,1 Milliarden DM an zusätzlichen Ausgaben. Der größte Betrag entfällt auf den genannten Anteil des Landes am Solidarpakt mit 581 Millionen DM. Weitere größere Positionen sind 233 Millionen DM für Kindergärten, 160 Millionen DM für Kriegsofopferfürsorge und Sozialhilfe sowie 6 Millionen DM für den Maßregelvollzug, ferner noch 9 Millionen DM für Asylbewerber, 98 Millionen DM für die Kokskohlenbeihilfe und 38 Millionen DM für das Programm Rationale Energienutzung.

(C)

(D)

(A) (Minister Schleußer)

Teilweise erfolgt die Finanzierung auch durch Mehreinnahmen. So stehen den 160 Millionen DM für die Kriegsopfersorge Mehreinnahmen in gleicher Höhe gegenüber. Einige Ausgaben konnten gesenkt werden, so die Kreditmarktzinsen in Anpassung an die Zinsentwicklung auf dem Kreditmarkt. 622 Millionen DM müssen durch Erhöhung der Nettokreditaufnahme gedeckt werden.

Im einzelnen ist vorzutragen: Am umfangreichsten ist der Nachtrag im Stellenteil, der sich durch alle Einzelpläne zieht und wo rund 7 000 kw-Vermerke - das bedeutet: künftig wegfallend - angebracht sind.

Zur Vorgeschichte will ich noch einmal kurz zusammenfassen: Die Landesregierung hat 1989 den Arbeitsstab Aufgabenkritik eingerichtet, der die Funktion hat, Organisationsuntersuchungen in Auftrag zu geben, die eine und bürgernahe, leistungsfähige und - so hoffen wir - hochmotivierte Verwaltung zum Ziel hat. Auch Strukturuntersuchungen mit Kritik am Aufgabenzweck sind einbezogen worden. Diese Gutachten sind an externe Unternehmensberater vergeben und anschließend unter Führung des Arbeitsstabes ausgewertet worden.

(B) Die Ergebnisse der Organisationsuntersuchungen und ihre Auswertung waren bei der Verabschiedung des Haushalts 1993 nicht abgeschlossen. Teilweise fehlen auch heute noch Abschlußergebnisse. Die Landesregierung hält es jedoch schon wegen des langen Vorlaufs der endgültigen Stelleneinsparungen für wichtig, bereits jetzt mit der Umsetzung zu beginnen. Die kw-Vermerke sind noch nicht in allen Fällen stellenspezifisch angebracht. Im wesentlichen sind diese kw-Vermerke global nach Laufbahngruppen in die betroffenen Kapitel der Einzelpläne eingestellt worden.

Dem Stellenabbau wird eine verbesserte Ausstattung für die Datenverarbeitung gegenüberstehen, mit der staatliche Dienstleistungen moderner und kostengünstiger werden.

In fast allen Einzelplänen ist deshalb in den einschlägigen Kapiteln eine neue Titelgruppe 78 eingeführt worden mit der Zweckbestimmung zusätzlicher ADV-Ausstattung und sonstiger Maßnahmen zum Ausgleich von Personalabbau. Hier sind die notwendigen Sach-

mittel für die Datenverarbeitung und Personalmittel für 147 Stellen für fachspezifisches ADV-Personal veranschlagt, die bei der Realisierung der kw-Vermerke besetzt werden.

Die Baransätze betragen 20,7 Millionen DM, die Verpflichtungsermächtigungen 153,5 Millionen DM.

Zum Personalhaushalt will ich noch anmerken: Ich habe den Nachtrag zum Anlaß genommen, die durch das Bundesbesoldungs- und Bundesversorgungsgesetz 1992 vom 23.03.1992 zum 01.01.1993 möglichen strukturellen Besoldungsverbesserungen im Eingangssamt des mittleren Dienstes im Haushaltsplan 1993 zu vollziehen. Das führt in den Einzelplänen 03 - Innenminister - und 04 - Justizminister - zur Hebung von 7 262 Planstellen und Stellen für beamtete Hilfskräfte sowie von 4 634 Stellen für Beamte im Vorbereitungsdienst von A6 bzw. A6/A7 nach A7 Bundesbesoldungsgesetz.

Meine Damen und Herren, ich will noch kurz auf einige Schwerpunkte im Sachhaushalt eingehen: Die Kosten für Tageseinrichtungen für Kinder erhöhen sich um 233 Millionen DM. Hiervon müssen 1993 an die Gemeinden 80 Millionen DM als Abschlußzahlung aufgrund von Abrechnungen nach dem alten Kindergartengesetz und 93,3 Millionen für erhöhte Abschlagszahlungen geleistet werden. Die Erhöhung der Abschlagszahlungen wird mit der Verschiebung der Fertigstellung von Plätzen und einer Fortwirkung der Kostensteigerung aus früheren Jahren begründet.

Als weitere Ursache haben die freien Träger, auf die ca. 80 % der Kosten entfallen, frühzeitiger Personal auf der Basis der geschlossenen Personalvereinbarung eingestellt, als dies vom Fachressort erwartet worden ist. Hierdurch steigen die Ausgaben von 1992 - damals waren 801 Millionen DM - auf 1 Milliarde 22 Millionen DM um 27,6 %. Mir ist kein Bereich bekannt, in dem eine solch gravierende Steigerung stattfindet.

Für die Versorgung von ausländischen Flüchtlingen stellen wir schließlich eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 11 Millionen DM und weitere 138 Millionen DM bereit. In diesem Jahr werden damit allein aus dem Landeshaushalt für Asyl 1,4 Milliarden DM ausgegeben.

(C)

(D)

(A) (Minister Schleußer)

Hier bestehen weitere Risiken, da das Beschleunigungsverfahren erst am 01.04.1993 angelaufen ist. Wir erwarten Entlastung durch die derzeit und heute in Bonn beratene Asylveränderungsgesetzgebung. Diese Gesetzesänderungen bedingen auf Landesebene eine Novellierung der bestehenden Finanzierungsregelungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz.

Wir müssen alle Möglichkeiten nutzen, um mit einem möglichst geringen Verwaltungsaufwand ein hohes Maß an wirtschaftlichem Verhalten auch der Kommunen zu erreichen.

Der Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen hat in seinem Urteil vom 22.09.1992 den Weg gewiesen, indem er die finanzielle Beteiligung der Kommunen an den Kosten der Versorgung von Asylbewerbern nicht nur ausdrücklich für verfassungskonform erklärte, sondern im Hinblick auf eine notwendige Anreizfunktion für den gebotenen sparsamen Umgang mit öffentlichen Mitteln sogar für notwendig hielt. Ich teile diese Auffassung und will das anhand von zwei Beispielen begründen:

(B)

In den durch den Nachtrag bereitgestellten Mitteln sind 65 Millionen DM für Unterhaltskosten von Übergangsheimen enthalten. Davon gehen allein 41 Millionen DM in einen von fünf Regierungsbezirken. In diesem Regierungsbezirk sind von 1987 bis 1992 202,7 Millionen DM für diesen Zweck geflossen, während in allen übrigen Regierungsbezirken nur 190,1 Millionen DM - also weniger - eingesetzt wurden.

Ein zweites Beispiel für den wirtschaftlichen Umgang mit Landesmitteln: Ein Gutachten zur Landeserstattung für Übergangsheime zeigt, daß in den untersuchten Städten und Gemeinden die monatlichen Kosten für einen Übergangsheimplatz zwischen 48 und 408 DM liegen. Ich vermag nicht zu glauben, daß diese Ergebnisse unter Anlegung von wirtschaftlichen Maßstäben zustande kommen konnten.

(Zustimmung des Abgeordneten Trinius [SPD])

Meine Damen und Herren, im Einzelplan 08 sollen die Mittel für die Kokskohlenbeihilfe von 98 Millionen DM zusätzlich eingestellt werden. Diese Anpassung erfolgt an den Bundeshaushalt. Wegen des nied-

(C)

rigen Weltmarktpreises ist bereits ein höherer Bundesanteil für die Kokskohlenbeihilfe veranschlagt. Das Land zieht hieraus die Folgerung für seinen Anteil.

Die Mittel für das Programm der rationellen Energienutzung sollen um 36 Millionen DM aufgestockt werden. Hierbei handelt es sich sozusagen um eine Vorfinanzierung, um einen hohen Antragsstau abzuwickeln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem Haushalt des Wirtschaftsministers.

Meine Damen und Herren, der Nachtrag 1993 schließt eine Novelle zum Gemeindefinanzierungsgesetz 1993 ein. Im bisherigen Haushaltsvollzug haben sich bei einigen Zweckzuweisungen geänderte Bedarfssituationen eingestellt. Diesen wird durch Umschichtungen im Rahmen der unveränderten Verbundmasse haushaltsneutral Rechnung getragen. Die geänderten Ansätze sind im Kapitel Steuerverbund dargestellt.

Die Aufstockung des Fonds "Deutsche Einheit" führt nach der Systematik des Finanzausgleichs grundsätzlich zu einer Kürzung der Verbundmasse führen. Nun hat der Bundesrat eine Gesetzesinitiative beschlossen, nach der die Gemeinden die Aufstockungsbeiträge durch eine weitere erhöhte Gewerbesteuerumlage mittragen sollen.

(D)

Wollte man beide Beteiligungskomponenten gegenüber den Gemeinden in 1993 durchsetzen, so würde dies ihre Haushaltswirtschaft angesichts der fortgeschrittenen Zeit stark belasten. Im Interesse der Planungssicherheit für die kommunalen Haushalte wurde deshalb von einer Kürzung des Steuerverbundes 1993 abgesehen. Bei den eigenen Haushaltsproblemen des Landes kann das sicherlich nur eine einmalige Aktion gewesen sein.

Meine Damen und Herren! Ich setze auf sachgerechte Beratung hier im Plenum und in den Ausschüssen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Abgeordneten Schauerte für die Fraktion der CDU das Wort.

(A)

Abgeordneter Schauerte (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben nicht umsonst vorhin eine sehr erregte Debatte über die Frage der wirtschaftlichen Lage des Landes Nordrhein-Westfalen geführt. Dieser Nachtrag findet auch vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Eckwerte Deutschlands statt.

Herr Finanzminister, wir sind wohl einer Meinung, daß die Lage so ernst ist, wie wir uns das vor wenigen Monaten noch nicht haben vorstellen können, daß sie ernster ist als in allen Abschwungphasen oder Konjunkturkrisen, die wir bisher im Nachkriegs-Deutschland erlebt haben. Ich will das in großer Nachdenklichkeit sagen. Wenn mich nicht alles täuscht, haben wir im ersten Quartal 1993 ein Minus des Bruttosozialprodukts von etwa 2,5 % gehabt. Meiner Erinnerung nach mußte Helmut Schmidt 1982 bei einem Minus von 1 bis 1,5 % gehen.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Und der Kohl sitzt noch da! - Abgeordneter Frechen [SPD]: Geben Sie die Empfehlung weiter!)

So ist die Lage. Ich sage das mit aller Nachdenklichkeit.

(B)

(Zuruf von der SPD: Und wann geht Kohl? - Abgeordneter Hardt [CDU]: Ihr habt ja keinen! Ihr wißt ja nicht, wer drankommt!)

- Wir hatten damals Kohl. Was habt ihr denn? Gar nichts! Das ist das Problem!

Aber es gibt ja auch andere Gründe. Wir kennen die Hintergründe. Wir wissen auch, was die Wiedervereinigung beispielsweise als ein ganz neues Ereignis an Sonderlasten für uns bringt. Deswegen gab es ja auch Solidarpaktverhandlungen und Ergebnisse und Nachtragshaushalte.

Wir müssen unsere Haushaltsführung, und zwar jede Ebene in der ihr eigenen Verantwortung ohne Ausflucht nach rechts oder links neu definieren. Das ist das Problem!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Ja, nicht über andere reden!)

(C)

Wenn wir uns in dieser Situation darauf besinnen könnten, daß wir über alles reden wollen, was NRW verantwortlich tun kann, und dann hoffen, daß Bonn alles tut, was Bonn kann, und mithelfen, daß die Kommunen alles tun, was sie tun können, dann haben wir der Gesellschaft und der Zukunft des Wirtschaftsstandortes Bundesrepublik Deutschland meiner Meinung nach einen wichtigen Dienst erwiesen.

Ich habe einfach den Eindruck, Herr Finanzminister, daß mit der Vorlage des Nachtragshaushalts diese Dimension, die wir jetzt wenigstens schon üben könnten - denn es wird ja noch viel härter! -, nicht erkannt worden ist. Der Ansatz fehlt mir hier.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich habe den Eindruck, daß Sie den Nachtragshaushalt erstens in der sicheren Deckung der großen Bonner Neuverschuldung entworfen haben. Da kann man locker noch einmal wieder 622 Millionen DM in Nordrhein-Westfalen dazutun. Was ist das denn? Und es wird uns ja wohl niemand angreifen können: Wenn Waigel das in dieser Größenordnung mit 69 Milliarden DM in 1993 tun will, dann darf ich doch wohl 622 Millionen dazutun!

Bei dieser Analyse wird verkannt, Herr Finanzminister - Sie wissen, daß wir darin einer Meinung sind -, daß sich gerade bei den Solidarpaktverhandlungen die Länder in einer Weise gegenüber dem Bund durchgesetzt haben, die mir heute noch die Tränen in die Augen treibt. Sie alle, die Länderfinanzminister, haben den Part gewonnen, und die Bonner müssen ihn nun auch bezahlen; sie haben ja Vereinbarungen getroffen.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Sind Sie Landespolitiker?)

- Ja, ich bin Landespolitiker. Aber wissen Sie, was der Unterschied zwischen uns beiden ist, Herr Frechen? Ich bin nicht so kleinkariert wie Sie, nur das Land zu sehen; ich sehe das Ganze.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Kleiner sind Sie!)

(D)

(A) (Schauerte [CDU])

- Ich denke, wir müssen in dieser ersten Zeit das Ganze sehen; denn nur das interessiert unsere Bürger wirklich, nicht Ihre kleinkarierte Sicht, ob ich nun gerade hier ein kleines provinzielles Problemchen habe oder dort. Wenn wir diese Gesellschaft nicht auf neue Herausforderungen generell umstellen, dann haben wir versagt. Deswegen halte ich den Einwand für wirklich albern.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Wir kommen auf Ihre Aussagen zurück!)

Ich bleibe dabei: Die Länder haben hervorragend abgeschnitten, und ihnen ist es viel leichter, mit den Belastungen umzugehen, die jetzt zwangsläufig kommen, als dem Bund. Deswegen dürfen die Länder nicht einfach den eleganten und bequemen Weg in die Neuverschuldung beschreiten.

Fakt ist nach dem, was Sie jetzt vorlegen, Herr Finanzminister: Der Landeshaushalt steigt nicht um 3 %, wie es der Finanzplanungsrat vorgesehen hatte und wie wir es in den Haushaltsberatungen verlangt haben und auch durchgeführt hätten, wenn man uns gelassen hätte; der Landeshaushalt steigt nicht um 3,5 %, wie Sie das behauptet haben, sondern nach dieser Operation steigt er effektiv um 4,4 %. Also, auch die Zielvorgabe des Finanzplanungsrates zur Schaffung von soliden Verhältnissen ist nun in gravierender Weise nicht eingehalten worden.

(B)

Wir können uns dem nicht öffnen. Wir halten das für falsch. Wir sehen die Notwendigkeit, auch bereits jetzt wirklich ernsthafte Sparanstrengungen zu unternehmen.

Herr Finanzminister, Sie wissen doch - vielleicht wissen es Ihre Kollegen in der Fraktion nicht; deswegen stimmen sie dem dann auch leichtfertig zu, was Sie vorgeschlagen haben -, daß wir nicht nur in 1994 1,5 Milliarden DM neue Belastung und in 1995 4,7 Milliarden DM neue zusätzliche Belastungen aus den Solidarpaktvereinbarungen bekommen, sondern Sie wissen auch, daß bei einem Wegbrechen der konjunkturellen Grundannahmen von nur 1 % pro Jahr weitere 650 Millionen DM fehlen.

Da wir nicht mehr, wie die Wirtschaftsforschungsinstitute und die Finanzplanung vorgesehen haben, in

(C)

1993 1,5 % realen Zuwachs haben, sondern in 1993 1,5 % realen Verlust haben werden, wird sich trotz Ihrer vorsichtigen Schätzung - das will ich ja gern akzeptieren - in der Tat in den Kassa-Einnahmen eine deutliche Verschlechterung der Steuereinnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen in der Größenordnung von locker über 1 Milliarde DM ergeben. Und diese Milliarde DM und mehr werden uns, da ich nicht der optimistischen Annahme bin, daß wir nur einen kurzfristigen konjunkturellen Einbruch haben - - Lesen einmal die Perspektiven, die Bill Clinton im Moment in Amerika noch hat; dann wissen Sie, was Sache ist! Ich warne also Neugierige. Die strukturellen Probleme der deutschen Wettbewerbsfähigkeit werden länger andauern. Das heißt, wir werden auch in 1994 und möglicherweise in 1995 unsere Steuereinnahmeerwartungen deutlich nach unten korrigieren müssen.

Wenn das aber richtig ist, Herr Finanzminister, dann müssen wir bereits jetzt zu sparen anfangen. - Ich will es verkürzen und in der Zeit bleiben.

Ich denke, wir haben die Nettoneuverschuldung nicht nötig. Wir können ohne die Erhöhung um 622 Millionen DM neue Schulden diesen Landeshaushalt fahren.

Wir diskutieren über weniger als 1 % des Landeshaushalts. In unseren Einsparungsvorschlägen zum Haushalt 1993 hatten wir Ihnen für die praktische Planung und Durchführung des Landeshaushalts bereits gut 500 Millionen DM zusätzlich gezeigt. Wir werden darauf zurückkommen und Ihnen weitere konkrete Vorschläge machen, um das Klassenziel zu erreichen: Nordrhein-Westfalen erhöht die Nettoneuverschuldung jetzt nicht.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Damit Sie sehen, wie wenige Anstrengungen von Ihnen unternommen werden zu sparen, Herr Finanzminister: Mir liegt der Presseüberblick vom 25. Mai vor, darin ein Artikel in der "Westdeutschen Zeitung" unter der Überschrift "Rau-Fest durch SPD-Parteitag in Terminnöten". Jetzt muß dieses Rau-Sommerfest, auf dem sich die hohen Herren dem staunenden Volke, das auserlesen geladen ist, landesherrschaftlich präsentieren sollen, auch noch verschoben werden.

(A) (Schauerte [CDU])

Warum sagen wir es nicht ab? Haben wir für so etwas Geld?

Landesvertretung in Bonn - ist das jetzt unser Thema, Herr Finanzminister? Können wir nicht auch den abgespeckten Umbauentwurf sein lassen und sagen: dafür haben wir zur Zeit kein Geld?

(Beifall bei der CDU)

Im Etat des Ministerpräsidenten: "Planung und Durchführung von NRW-Festen" - der Ansatz wird gegenüber 1992 verdoppelt, "Zur Erfüllung von Repräsentationspflichten der Landesregierung" - es wird eine Erhöhung um 400 000 DM auf 2 Millionen DM beschlossen, die Filmstiftung NRW erhält 16,7 Millionen DM - eine Erhöhung um 1,7 Millionen DM -, der Titel für das Filmfestival NRW wird erhöht, Medienforum, Öffentlichkeitsarbeit - unveränderte Positionen. Niemand geht da heran, niemand sieht nach, wie wir einsparen können.

(Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Doch, die CDU! - Gegenruf des Finanzministers Schleußer: Das sehe ich!)

(B)

Im Einzelplan des Innenministers wird immer noch an der Planung für eine Fortbildungsakademie festgehalten, die 72 Millionen DM kostet, obwohl wir eine Fortbildungsakademie haben, die ihre Arbeit auch tun könnte. Es ist nicht zu fassen, was hier immer noch wieder passiert: Olympische Spiele im Ruhrgebiet 3 Millionen DM, für das Landesinstitut für Schule und Weiterbildung - es liegt ein Gutachten vor, in dem gesagt wird, was dort alles falsch ist - werden 15,7 Millionen DM ausgegeben. Keine Reaktion, keine Veränderung, kein Eingriff!

Wir haben vorgeschlagen, die Referendarzeit von Lehramtsanwärtern zu kürzen; das bringt 44 Millionen DM. Keine Bewegung, ideologisch vernagelt, nichts passiert!

Auflösung des Ministeriums für Bauen und Wohnen - ein Sparpotential von 13 Millionen DM; Sie wissen ja, das Ministerium brauchen wir gar nicht, das haben wir heute morgen in der Debatte wieder erlebt.

(C)

Es gibt unendlich viele konstruktive Ansätze, denen Sie sich nähern sollten, wenn Sie den Titel verdienen wollen, ein Minister zu sein, der in dieser Situation den Ernst der Lage erkannt hat und bereit ist, auch bei kleinen Dingen mit dem Sparen anzufangen.

Ich denke, es ist möglich, wir kommen an der Neuverschuldung vorbei. Begleiten Sie uns konstruktiv auf der Suche. Sie wissen noch einiges mehr als wir. Wir sind neugierig auf Ihre ergänzenden Vorschläge. Vielleicht erwirtschaften wir einen Überschuß. Es wäre des Einsatzes der Edlen wert. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Walsken, ich darf Ihnen für die Fraktion der SPD das Wort erteilen.

Abgeordneter Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte mir, Herr Kollege Schauerte, die Nachtragshaushaltsberatungen genauso vorgestellt, wie Sie es hier gemacht haben. Da werden zunächst einmal die großen Zahlen vorgetragen, es wird blumenreich von neuem Denken, von neuen Varianten, die man einbringen müsse, gesprochen. Und wenn es dann konkret wird, kommt von Ihnen leider nichts mehr. Wir erleben das seit ein paar Jahren in diesem Hause. Sie versuchen sich wortreich an den konkreten Arbeiten in diesem Hause vorbeizumogeln. Das haben Sie auch diesmal wieder getan; dazu ist leider nichts gekommen.

(D)

Was Sie das letzte Mal zur Absenkung der Neuverschuldung vorgeschlagen haben, war, wenn ich mich richtig entsinne, der Verkauf eines Grundstücks in Düsseldorf, bei dem Sie Werte eingesetzt haben, die mit den Realitäten der Düsseldorfer Kommunalpolitik nichts zu tun hatten.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das haben Sie nicht verstanden!)

Und Sie haben damals die WestLB zum Verkauf angeboten; das wäre eine einmalige Geschichte, die, wie Sie wissen, nicht auf Dauer angelegt sein kann.

(A) (Walsken [SPD])

Ich muß also sagen: Ich bin nach wie vor von den Dingen, die Sie hier vortragen, enttäuscht. Sie müssen ein bißchen konkreter werden und dürfen nicht so im Unverbindlichen bleiben, wenn es darum geht, politische Perspektiven neuer Finanzpolitik darzustellen.

(Zahlreiche Zurufe von der CDU - Unruhe)

Sie konzentrieren sich statt dessen auf die Pfennigbeträge im Haushalt, die natürlich ärgerlich sind,

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Millionen!)

die im Einzelfall Millionen sein können, die man untersuchen muß und bei denen ich auch der Meinung bin, daß man darüber reden muß, ob beispielsweise bestimmte Feste stattfinden müssen. Aber das ist, Herr Kollege Schauerte, vom Umfang des Haushalts her noch nicht einmal mit Prozentpunkten hinter dem Komma, noch nicht einmal mit Promille hinter dem Komma darzustellen.

(Fortgesetzt Unruhe)

(B)

Das heißt, die konkreten Punkte, die Sie vortragen, bewegen sich in für die Haushaltssanierung irrelevanten Bereichen. Das wissen Sie auch; deshalb machen Sie das auch so genüßlich, um den Schein zu erwecken, Sie hätten eine konkrete Alternative.

Ich bin erstaunt darüber, daß die eigentlich wichtigen Bestandteile dieses Nachtragshaushaltsplans, nämlich das Streichen von 5 700 Stellen auf Dauer, in diesem Plenum offenbar keine große Rolle spielen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das kommt noch! Dazu hat Herr Bensmann das Wort!)

Das betrifft alle Fraktionen.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Abwarten!)

Immerhin ist das der größte Kraftakt, der in diesem Land Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren praktiziert worden ist, und das, meine Damen und Herren, nachdem der Landtag seit 1985 fordert, Aufgaben-

(C)

kritik durchzuführen, 1989 ein Arbeitsstab "Aufgabenkritik" eingesetzt worden ist - -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich bitte, mit Zwischenrufen etwas maßvoller zu sein. Ich kann Ihnen versichern: Hier vorn kommt nichts an, hier vorne ist nichts zu verstehen.

Abgeordneter Walsken (SPD): Sie haben recht, Herr Präsident, ich habe auch nichts verstanden, verstehe es auch von der Sache her nicht. Gerade wenn es so wenige Kolleginnen und Kollegen sind, könnten sie dem Redner zuhören. Herr Schauerte, ich habe Ihnen sehr aufmerksam zugehört; Sie schaffen es bei mir nie. Sie schaffen es überhaupt nicht zuzuhören, wenn jemand anderes ernsthafte Argumente vorträgt. Aber das müssen Sie selbst prüfen.

Ich kann nur sagen: Mit diesem Nachtragshaushalt sind Größenordnungen von Stelleneinsparungen vorgesehen, die einen Umfang erreichen, der in diesem Land wirklich einmalig ist. Es ist keine leichte Geschichte, wenn wir ein Einsparvolumen von über den Daumen einer halben Milliarde DM - bei 5 700 Stellen - im Landeshaushalt bewältigen müssen, die innerhalb der nächsten Jahre als erste Rate anfallen.

(D)

Ich denke, daß das ein Akt ist, der uns zum Nachdenken bringen muß, vor allen Dingen darüber, wie wir ihn bewältigen, wie wir ihn umsetzen, wie wir ihn so umsetzen, daß die Betroffenen nicht den Eindruck haben, wir würden über ihre Köpfe hinweg etwas exekutieren, und bei dem wir auch versuchen müssen, das Ganze eben nicht nur als rein fiskalischen Akt darzustellen, sondern als Akt der Modernisierung der Landesverwaltung. Das ist noch mehr als das, was bei den 5 700 Stellen herauskommt, denn das ist der Akt, der sich mit der Organisationsreform der Landesverwaltung anschließen muß, vor dem wir noch stehen.

Wenn wir bei dem Schritt, daß 5 700 Stellen eingespart werden müssen, stehenbleiben und nicht zu der Frage der qualitativen Bewertung dessen kommen, was Landesverwaltung in diesem Lande ist, was sich

(A) (Walsken [SPD])

als Bürgerservice darstellt, dann sind wir als Landtag überflüssig und werden unserer Rolle nicht mehr gerecht.

Der Finanzminister hat in seinem Vortrag einige bemerkenswerte Informationen gegeben, er hat zum Beispiel die Frage der Kosten für die Übergangsheime aufgegriffen. Die SPD-Fraktion hatte danach im Haushalts- und Finanzausschuß gefragt und darum gebeten, dies einmal darzustellen. Ich bin überrascht, welche Kostenschere sich dabei in der Tat zeigt. Ich bitte den Finanzminister nachdrücklich, dies zu überprüfen, und zwar überprüfen nicht nur in dem Sinne, daß Mechanismen auf der administrativen Ebene in Betracht kommen, sondern auch zu überprüfen, ob das System, welches wir zur Finanzierung der Übergangsheime gesetzlich vorgeschrieben haben, von uns im Landtag politisch bewertet und überdacht werden muß.

Ich habe immer die These vertreten, daß, wenn wir Pro-Kopf-Beträge für Investitionen an die Gemeinden zahlen, die Gemeinde allemal klüger ist als das Land in der Frage, wie sie das Geld anwendet, um Menschen zu helfen. Wir sollten nicht klüger sein als die Gemeinden. Wir sollten versuchen, mit pauschalierten Investitionszuschüssen die Flexibilität und die Leistungsfähigkeit der kommunalen Politik in Anspruch zu nehmen.

(B)

Ich denke, daß wir uns bei der Beratung dieses Nachtragshaushalts vergegenwärtigen müssen, daß die Ausgangssituation in der Tat - Herr Kollege Schauerte hat das auch dargestellt - eine andere ist, als sie es in den letzten Jahren war. Wir haben ein geringeres Wirtschaftswachstum, sogar ein Minuswachstum, und wir haben zum ersten Mal - das ist das eigentlich Neue an der Situation der Politik in diesem Jahrzehnt - kein Geld, keine Möglichkeiten, fiskalpolitisch durch Mehrausgaben auf die Wirtschaftslage einzuwirken. Wir haben bisher alle Wirtschaftskrisen - alle, von den 60er Jahren angefangen bis Ende der 80er Jahre - damit bewältigt, daß wir zusätzliche Finanzmittel der öffentlichen Hand entweder durch Investitionen in den Wirtschaftskreislauf eingespeist oder nach dem Modell der CDU und der F.D.P. Steuersenkungen praktiziert haben, die ebenfalls dieses Ziel verfolgt haben.

(C)

Ich will gar nicht darüber streiten, Herr Schauerte, ob das eine oder das andere Modell richtig war. Ich muß nur feststellen, daß heute, in der gegenwärtigen Situation, weder das eine noch das andere Modell in der Lage ist, den Schwierigkeiten gerecht zu werden.

Deshalb stimme ich Ihnen zu, daß wir vor einer völlig neuen historischen Zäsur stehen, und zwar bei der Frage: Wie geht die öffentliche Hand in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten mit dieser Wirtschaftskrise um?

Die Einschränkung, die der Finanzminister gemacht hat, war: Es gibt für ihn in seiner Lage nur eine einzige Variation, eine einzige Möglichkeit, nämlich an den Ausgaben, die für die Wirtschaftsstruktur des Landes wichtig sind, keine Einsparungen vorzunehmen. Das ist die wirtschaftspolitische Aussage, die tragend für den Entwurf des Nachtragshaushalts ist. Ich halte das für eine hervorragende Position, die aber zwingt, in allen anderen Bereichen, da, wo es wirklich relevant ist, auch die notwendigen Kürzungen herbeizuführen, um das eben nicht über Verschuldung zu finanzieren.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Aber über die Inhalte wollen wir diskutieren!)

(D)

- Selbstverständlich diskutieren wir die Inhalte, natürlich.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Das ist heute leider abgelehnt worden!)

- Wir haben nie abgelehnt, über Inhalte zu diskutieren. Wir lehnen hin und wieder Anträge ab, aber wir lehnen keine Diskussionen ab, Herr Kollege; das wissen Sie genau. Wir müssen die Diskussion darüber führen, welche strukturpolitischen Notwendigkeiten in den nächsten Jahren in Nordrhein-Westfalen anstehen.

(Abgeordneter Kuhl [F.D.P.]: Diese Chance haben Sie heute morgen vertan! Das ist der Punkt!)

- Sie tun so, als wäre die Diskussion von einem einzigen Antrag abhängig, der im Plenum eingebracht wird. Sie haben die Gelegenheit bei jeder Nachtragshaushaltsberatung, in jeder wirtschaftspolitischen

(A) (Walsken [SPD])

Debatte in diesem Haus, und Sie nutzen die Chance doch auch. Wollen wir das doch nicht an einem Antrag festmachen!

Es ist wirklich notwendig, in dieser Situation darüber nachzudenken, wie die Politik, weil sie eben nicht mehr auf eine klassische, traditionelle, seit 40 Jahren erprobte Art und Weise auf die politischen und ökonomischen Schwierigkeiten reagieren kann, damit fertig wird und dem Bürger vermittelt, daß ihre Handlungsmöglichkeiten am Ende sind. Viele Menschen verzweifeln ja deshalb an der Politik, weil sie den Eindruck haben, die Politiker wären nicht in der Lage, Politik zu machen. In Wirklichkeit machen sie Politik, nur die Menschen können nicht mehr feststellen, daß dies innerhalb eines ganz beengten Handlungsspielraums der Politik stattfindet. Das ist eines der größten Probleme, mit dem wir zu tun haben.

(B) Wir haben im nächsten Jahr im Bundesgebiet die höchste Steuerbelastungsquote in der Geschichte der Bundesrepublik. 1995 ist das Jahr, in dem die höchste Steuerbelastung in der Geschichte der Bundesrepublik stattfindet. Dem Bürger ist noch nie so viel aus der Tasche genommen worden wie 1995, und das unter der Federführung eines Bundeskanzlers der CDU in einer Koalition mit der F.D.P., die 1980 angetreten sind, a) die Staatsverschuldung und b) die Belastung der Bürger zurückzuschrauben. Das Gegenteil von dem, was erzählt worden ist, wird praktiziert.

Ich sage Ihnen, Herr Schauerte: Es geht gar nicht anders. Ich stimme Ihnen da gerne zu. Das sage ich völlig wertfrei. Es gibt gar keine Alternative dazu. Nur sollten wir dann nicht so tun, als würden wir hier Grabenkämpfe in großartigen politischen Alternativen führen. Dann müssen Sie - um auf Ihre Eingangsbemerkung zurückzukommen, daß Sie ein neues Denken haben - dieses neue Denken bitte mit konkreten Fakten unterlegen und nicht nur neues Denken fordern und sich anschließend hinsetzen und sagen: Es darf kein Fest in Bonn stattfinden. Das, Herr Kollege Schauerte, ist zu dünne.

(Abgeordneter Frechen [SPD] - an Abgeordneten Schauerte [CDU] gewandt -: Das ist kleinkariert, Herr Kollege!)

(C)

Da erwarte ich mehr von Ihnen. Ich denke, daß Sie auch in der Lage wären, das zu tun, wenn Sie denn den ernsthaften Willen hätten, politische Konsequenzen zu ziehen. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Wickel für die Fraktion der F.D.P.

Abgeordneter Wickel (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Walsken, für mich steht immer noch die These, daß die Politiker dieser Republik leider - mich eingeschlossen - bisher immer nur Politik haben machen können, wenn sie Geld ausgaben. Der Eindruck, der beim Bürger entsteht, daß die Politik nicht mehr handlungsfähig ist, gründet sich darauf, daß die Politiker eben noch keine Politik ohne Geld gemacht haben. Daß das möglich ist, haben wir zu beweisen, und es fängt praktisch bei diesem Nachtragshaushalt schon an.

(Zustimmung des Abgeordneten Ruppert [F.D.P.])

(D) Wir beraten den Nachtragshaushalt heute in erster Lesung und verabschieden ihn im September. Bis dahin kann noch viel geschehen, denn die Steuerschätzungen vom Mai lassen Einnahmeverluste erkennen. Aber am aussagekräftigsten in diesen Schätzungen ist die Tendenz, in der wir uns befinden. Die Tendenz sieht so aus, daß sich ab Jahresmitte die Rezession noch einmal beschleunigen könnte und wir, wenn es denn zu einer Steuerschätzung im November kommt, noch älter aussehen könnten, als wir heute schon sind. Das haben wir zumindest auch zu berücksichtigen.

Wir sind im ersten Halbjahr im Lande Nordrhein-Westfalen deshalb mit einem blauen Auge davongekommen, weil die Umsetzung der eigenen, vom Landesfinanzminister vorgenommenen Steuerschätzung ein Polster gehabt hat. Insofern können wir zufrieden sein, daß dieser erste Schlag an uns vorbeigegangen ist. Wie gesagt: Nur ein blaues Auge!

(A) (Wickel [F.D.P.])

Wenn wir weiter in die Rezession rutschen, und dies in einer Zeit, in der die Verschuldung der öffentlichen Haushalte unsittliche Ausmaße angenommen hat, kann sich jeder ausmalen, was geschehen wird.

Nun ist dieser Nachtragshaushalt ja aus dem Solidarpakt und allem, was damit zusammenhängt, entstanden. Er ist auch nur - zumindest sagt der Finanzminister es so - aus der jetzigen Situation des Landes mit einer Nettoneuverschuldung zu decken. Aber da sind schon wieder Unwägbarkeiten eingebaut. Der Finanzminister schätzt, daß er über 100 Millionen DM an Zinszahlungen einsparen kann.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: 400 Millionen!)

- 400 Millionen! Entschuldigung; das wollte ich sagen.

Diese Schätzung beruht natürlich darauf, daß diese Entwicklung auf dem Zinsmarkt weitergeht wie bisher. Aber wenn Sie allein die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte im Jahre 1993 sehen, so ist ein großes Fragezeichen zu setzen, ob das haltbar bleibt, ob hier nicht die Bremse wieder angezogen werden muß, damit diese ungehemmte Neuverschuldung in allen öffentlichen Bereichen eingedämmt wird. Also auch da befinden wir uns auf unsicherem, auf wackeligem Boden.

(B)

Wenn sich die Inflation weiter fortsetzt, ist abschbar, wie reagiert werden muß. Dann haben wir neue Probleme hier.

Hinzu kommt, daß der Nachtragshaushalt auch diejenigen Leistungen regelt, die aus dem Föderalen Konsolidierungsprogramm herrühren; er schafft die haushaltsmäßigen Voraussetzungen dafür. Er bringt auch die Umsetzungen der ersten Ergebnisse der Organisationsuntersuchungen. Ich habe deshalb "erste Ergebnisse" gesagt, weil die F.D.P.-Fraktion diesen Weg für richtig hält, aber diese ersten Ergebnisse auch als solche sehen will. Das heißt: Der beschriebene Weg ist richtig; er muß aber fortgesetzt werden.

Der Finanzminister selber bezeichnet diesen Stellenabbau ja als mittelfristige Lösung, weil eben für einige Stellen der kw-Vermerk erst 1999 wirksam

(C)

wird. Wir vertreten hier die Auffassung, daß die endgültige und die auch wirklich etwas bringende Lösung bei rund 10 % der Stellen der Landesbediensteten liegen muß.

Wir kennen das Problem der Pensionslasten mit ihrer Tendenz der rasanten Steigerung, und wenn wir das Öffnen der Schere anhalten wollen - schließen können wir sie schon gar nicht mehr -, kann es nicht bei den im Nachtragshaushalt genannten 7 272 kw-Vermerken bleiben.

Die F.D.P.-Fraktion unterstützt auf diesem Weg ausdrücklich den Finanzminister; denn dies ist ein Weg, der es uns möglich macht, Landeshaushalte in Zukunft überhaupt noch zu gestalten. Wir können deshalb auch ganz beruhigt bei dieser Forderung nach weiteren Schritten bleiben, weil Ansätze erkennbar sind - zumindest im politischen Handeln des Finanzministers -, daß Aufgaben zur Disposition gestellt oder verlagert werden können. Kein Beschäftigter des Landes verliert deshalb seinen Arbeitsplatz, sondern die Verminderung der Stellen kann durch Renten- bzw. Pensionsabgänge mit gelöst werden.

Allerdings ist auffällig, daß die jetzt zur kw-Stellung vorgeschlagenen Stellen zu großen Teilen Stellen für Arbeiter bzw. Stellen für den Schreibdienst sind, Berufsgruppen, deren geringe Ausbildung, vor allem wenn sie zu teuer werden, als erste bei Rationalisierungen durch den Rost fallen. Das sollten wir immer im Hinterkopf behalten.

(D)

Betrachten wir die übrigen Bereiche der Landesverwaltung und der Regierung, so sehen wir noch eine Menge weiterer Möglichkeiten. Dabei verkenne ich nicht, Herr Finanzminister, welche Schwierigkeiten darin liegen, ressortübergreifende Budgetierung als heilsamen Zwang zum Sparen einzusetzen. Es wird aber nur so gehen.

Nur so sind zum Beispiel auf diese Art und Weise 116 Förderprogramme im Wirtschaftsbereich in den Griff zu bekommen. Nur so ist eine Steuerungsfunktion aus Sicht des Haushalts besser. Nur so kann auf Kosten eingewirkt werden, die jedes Ressort munter weiter produziert.

(A) (Wickel [F.D.P.])

Wo bleiben zum Beispiel Ressortvorschläge und Ankündigungen der Landesregierung, Standards in allen Bereichen abzusenken oder aufzuheben? Wie ist es möglich, daß eine Verordnung des MURL 26 Wasseringenieure produziert, die man in dieser Zahl überhaupt nicht benötigt? Warum müssen sich die Landesressorts in so viele Dinge einmischen, die vor Ort mit besserer Sachkenntnis ohne weiteres gelöst werden können?

Hier, meine Damen und Herren, sitzen die freien Kapazitäten. Denn nur wer Zeit hat, kann sich neue Verordnungen, Erlasse und eine permanente Verbesserung von Standards ausdenken. Wird also die Zahl der Stellen knapper, wird auch die Produktivitätsrate in diesen Bereichen geringer. Das sollten wir ruhig als politisches Ziel postulieren.

Dabei habe ich die Bereiche noch gar nicht angesprochen, die Unmengen von Broschüren, Dokumenten usw. produzieren, die vielleicht einen kleinen Interessentenkreis haben, die aber für unser Land Nordrhein-Westfalen absolut nicht lebenswichtig sind.

(B) Ich will es nicht hoffen; aber ich halte immer noch für wahrscheinlich und vielleicht als Notbremse für notwendig, daß, wenn die Entwicklung so weitergeht, wie sie sich andeutet, der Finanzminister uns in diesem Landtag auch ein Haushaltssicherstellungsgesetz vorlegen muß.

Um es noch einmal zu verdeutlichen: Bei der Regelung und der Lösung dieser Probleme findet der Finanzminister die Unterstützung der F.D.P.-Fraktion.

Wir müssen aber erwarten und wir mußten auch erwarten, daß außer diesen begrüßenswerten Ansätzen im Nachtrag noch ein politisches Signal von der Landesregierung gesetzt wurde, und zwar meinen wir hiermit Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Die Steigerungsraten, meine Damen und Herren, trotz geschöner Statistiken, Herr Dr. Vesper, im Bereich organisierter Kriminalität müssen alle Verantwortung Tragenden unruhig machen. Unser Kollege Frechen

(C)

von der SPD-Mehrheitsfraktion hat es auch nicht versäumt, im Vorfeld dieses Nachtragshaushalts erneut große Hoffnungen bei der Polizei zu wecken. Bisher finden wir aber im Nachtrag außer dem Vollzug von Bundesgesetzgebung keine Maßnahmen zur Unterstützung der Polizei.

(Zuruf des Abgeordneten Bensmann [CDU])

Meine Damen und Herren, wer dieses Spiel heute in Bonn erlebt, daß ein Parlament quasi durch die Hintertür mit dem Bötchen über den Rhein überhaupt noch handlungsfähig bleiben kann, der ersieht daraus, wie schwer die Aufgabe der Ordnungskräfte in diesem Bereich geworden ist, und hier hat sich die Politik auch zu Wort zu melden.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Darum bauen wir ja die Parlamente an den Rhein!)

In diesem Zusammenhang, Herr Dr. Vesper und meine Damen und Herren von der Fraktion DIE GRÜNEN, muß noch ein heikles und ernstes Thema angesprochen werden, das bei vielen Leuten immer etwas auslöst; aber die bei uns lebenden und arbeitenden ausländischen Einwohner haben es verdient, nicht für die Taten von Ausländern in Haftung genommen zu werden, die hier ihr kriminelles Unwesen treiben, die unser aller Bemühen, keine Ausländerfeindlichkeit aufkommen zu lassen, schamlos ausnutzen und praktisch ihre kriminellen Handlungen unter einer Schutzglocke vollziehen.

(D)

Hier ist es meine Auffassung, daß wir unseren ausländischen Bürgern mehr helfen, wenn diese Macheschaften einiger weniger klar und deutlich von der Politik angesprochen werden. Jedem Polizeibeamten in jedem Revier ist bewußt, daß er nicht darüber reden darf, weil es die Ausländerfeindlichkeit beleben könnte. Dummes Zeug, kann ich hier nur sagen!

(Zustimmung bei der CDU)

Schauen Sie sich die Zahlen vor Ort einmal an, was da passiert! Wir sollten sagen: Das ist nicht richtig, das kann nicht so weitergehen, deshalb hat die Polizei

(A) (Wickel [F.D.P.])

es auch verdient, unsere Unterstützung zu bekommen, damit diese Machenschaften aufhören.

(Zustimmung bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren! Die Politik muß deutliche Zeichen setzen und auch den Mut haben, kriminelle Taten von hier lebenden Ausländern und Asylbewerbern anzusprechen und diesen Personenkreis deutlich gegen alle friedfertig hier Lebenden abzugrenzen.

Wir wollen die Polizei, Herr Kollege Frechen, auf diesem schweren Weg nicht allein lassen. Wir werden deshalb zum Nachtragshaushalt zwei Anträge stellen, die ich hiermit schon ankündige. Wir wollen die Wiederbesetzungssperre der Polizei aufgehoben haben. Dazu gehört auch, daß der Phasenverschiebungsbeschluß beseitigt werden muß. Wir sind uns bewußt, daß neue Stellen nicht zu finanzieren sind. Aber diese beiden Maßnahmen würden vieles lösen, was uns bei der Polizei belastet und was sie einengt.

(B) Ich komme zum Ende, Herr Präsident. - Deshalb, glaube ich, müssen wir noch einmal zusammenfassend folgendes festhalten: Ich will einmal das Bild gebrauchen, das Land Nordrhein-Westfalen ist ein Fesselballon, bei dem langsam das Gas entweicht und der nur oben zu halten ist, wenn wir jede Menge Ballast abwerfen

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Zum Beispiel diese Rede!)

und die Halteseile verankern und schützen können. Insofern, meine Damen und Herren, müßte unser Bemühen sein, das zu erreichen. Wir werden der Überweisung an den Ausschuß zustimmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Busch für die Fraktion DIE GRÜNEN das Wort.

Abgeordneter Dr. Busch (Düsseldorf) (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte noch kurz einige Sätze zum Hin-

(C)

tergrund des hier vorgelegten Nachtragshaushalts sagen. Zunächst einmal wird ja hier nur nachvollzogen, was auf Bundesebene vollzogen wurde. Das heißt, hier brauchen wir nicht mehr die Schlachten von vorgestern zu führen, Herr Schauerte, sondern wir müssen das nachvollziehen, und Streiten lohnt sich nicht.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Nur die Hälfte!)

In der Tat muß ich aber sagen, eigentlich ist die Belastung doch erstaunlich gering. Wenn wir uns einmal die Diskussionslage vor einem halben Jahr vor Augen halten und dann sehen, was tatsächlich an Mindereinnahmen bzw. Mehrausgaben im Landshaushalt angekommen ist, kann man nur sagen: Das ist erstaunlich gering. Es drängt sich geradezu der Verdacht auf, daß das nur dadurch möglich war, daß die Solidarität mit Ostdeutschland darunter gelitten hat. Das Ganze jetzt sozusagen als Konjunkturprogramm, also als "prozyklische" - Sie meinten wahrscheinlich antizyklische - Maßnahme zu verkaufen, erscheint mir doch ein bißchen übertrieben.

Zweitens: Wir haben ja hier zum "Unsolidarpakt" bereits eine Debatte geführt. Es ist schon bezeichnend - ich muß in dem Zusammenhang einfach noch einmal zitieren -, was uns Herr Minister Schleußer am 25. März 1993 - das ist jetzt gerade zwei Monate her - vorgetragen hat:

(D)

Nur zu den GRÜNEN hin sage ich noch einmal: Es gibt keine Kürzungen beim Arbeitslosengeld und bei der Arbeitslosenhilfe, Sie wissen das. Es gibt keine Kürzung bei der Sozialhilfe. Die Rahmenbedingungen sind geklärt. Das gibt für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande Sicherheit.

Jetzt kann man fast sagen, da war die Tinte noch nicht trocken, und es wurde schon über die weiteren Sozialkürzungen gesprochen. Heute steht in der Zeitung - ich zitiere -:

Waigel unterstrich nach Informationen aus dem Kreis der Koalition, daß auch alle Kürzungen wieder auf die Tagesordnung gesetzt würden, die

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

wegen des Widerstands der SPD aus dem Föderalen Konsolidierungsprogramm ausgeklammert worden waren. Dazu zählen Kürzungen beim Arbeitslosengeld und bei der Arbeitslosenhilfe um 3 Prozentpunkte, beim Erziehungsgeld, bei der Mutterschaftspauschale ... Weiter gestrichen werden soll auch noch die Ausbildungsförderung und beim Wohngeld.

Das ist die Realität. Sie wußten das genau. Als Sie vor zwei Monaten gesagt haben, es gibt keine Kürzungen bei der Sozialhilfe, kannten Sie die Vereinbarung der Ministerpräsidenten, daß die Sozialhilfe entsprechend den bis dahin geltenden Vorschriften nicht angepaßt wird. Sie wissen, daß wir eine reale Kürzung bei der Sozialhilfe haben. Wir finden das unverantwortlich. Sie haben sich offensichtlich über den Tisch ziehen lassen, wie beim Asyl so beim "Unsolidarpakt". Die weiteren Hämmer kommen ja schon.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

(B)

Ich darf Ihnen aus der Presseinformation des DGB von heute vorlesen: "Weder Nordrhein-Westfalen noch irgendein anderes sozialdemokratisch regiertes Land darf einer Regelung zustimmen, die den sozialen Frieden in der Bundesrepublik gefährdet." Gemeint ist der Blüm-Vorschlag zur Finanzierung der Pflegeversicherung über Karenztage. Auch hier die berechtigte Sorge, daß das SPD-regierte Land Nordrhein-Westfalen solchen unsolidarischen Vereinbarungen zustimmt. Das ist der Hintergrund dieses hier vorliegenden Nachtragshaushalts.

Herr Walsken, Sie haben gesagt, daß es in den wichtigen Bereichen keine Kürzungen gibt. 855 Millionen DM pro Jahr für den Straßenneubau - wir sagen das immer wieder - sind aus Ihrer Sicht offenbar ein so zentraler Bereich - es geht nur um Straßenneubau, nicht Straßenunterhaltung und andere Maßnahmen in diesem Zusammenhang -, daß Sie keine Kürzungen im Nachtragshaushalt vorsehen, obwohl die finanzielle Lage sehr kritisch ist.

Ich will unsere Änderungsvorschläge jetzt nicht im einzelnen ausbreiten. Dazu werden wir noch ausreichend Gelegenheit haben. Klar ist doch: Beim Stra-

(C)

ßenneubau geht es nicht um Pfennigbeträge, da geht es auch nicht um Millionenbeträge, sondern es geht um 855 Millionen DM pro Jahr. Ich glaube, da müssen wir ran. Daran führt überhaupt kein Weg vorbei.

Jetzt komme ich zu meinem Hauptpunkt. Herr Walsken, Sie haben gesagt: die größte Einsparaktion seit langem, eine halbe Milliarde Einsparvolumen. Ich sage Ihnen, dieser Nachtragshaushalt ist ein einziger Bluff. Der bringt nämlich überhaupt nichts. Dieser Nachtrag, so wie er hier vorliegt, bringt überhaupt nichts. Er ist rechtlich unwirksam. Das liegt einfach daran, daß die kw-Vermerke an Bedingungen geknüpft sind. Sie müssen erst später realisiert werden.

Ich gehe einmal im einzelnen vor. Sie sagen in der Begründung zum Nachtragshaushalt - ich zitiere -:

Außerdem müssen die haushaltsmäßigen Voraussetzungen für die Umsetzung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchungen geschaffen werden, um den mittelfristig angestrebten Stellenabbau und die Begrenzung des Zuwachses bei den Personalausgaben sicherzustellen.

Das ist Ihre Zielsetzung. Jetzt ist natürlich zunächst zu fragen: Können Ergebnisse von Organisationsuntersuchungen, also von Dritten, überhaupt für uns als Haushaltsgesetzgeber maßgeblich sein? Kann man die automatisch umsetzen, oder ist es nicht notwendig, daß die im Landtag diskutiert werden? Ich würde meinen, daß der Landtag eigentlich das geeignete Gremium ist, um das politisch abzusichern. Das ist aber nicht vorgesehen. Vielmehr sollen die Ergebnisse der Organisationsuntersuchungen maßgeblich sein. Damit habe ich erhebliche Probleme - aber gut, darüber könnte man ja noch reden.

(D)

Nur, der nächste Punkt ist: Wo sind denn eigentlich die Ergebnisse der Organisationsuntersuchungen? Ich darf einmal aus dem Nachtragshaushalt vorlesen. Bei Kapitel 04 020, Seite 15 f., heißt es:

Soweit das externe Gutachten zu dem Ergebnis kommen sollte, daß die zu Ziffern 3 bis 5 ausgebrachten kw-Vermerke zu realisieren sind, werden ...

(A) (Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

"Soweit das externe Gutachten zu dem Ergebnis kommen sollte"!

Ich gebe Ihnen noch ein anderes Beispiel. Seite 75:

Eine Realisierung erfolgt nur, wenn ein Pilotprojekt der Rückverlagerung von Beihilfe- und Bezügeverfahren ergibt, daß die dezentrale Bearbeitung der Beihilfe und des Bezügeverfahrens durch die personalaktenführenden Stellen effektiver und ökonomischer ist als die zentrale Bearbeitung.

Mit anderen Worten: Sie wissen das also noch gar nicht. Sie haben es nur einfach so hereingeschrieben, aber wenn sich herausstellen sollte, daß das nicht so ist, dann lassen Sie es wieder unter den Tisch fallen. Rechtlich wirksam ist es so ohnehin nicht, weil es nach Haushaltsgesetz keinen bedingten kw-Vermerk gibt. Entweder es ist ein kw-Vermerk, oder es ist kein kw-Vermerk.

(Richtig! und Beifall bei den GRÜNEN)

Mit anderen Worten: Statt zu warten, bis Sie sich darüber klar sind, was Sie eigentlich wirklich machen wollen, und dann einen Haushalt vorzulegen, muten Sie uns zu, einen Haushalt zu verabschieden, der überhaupt keine Relevanz hat. Sie wissen überhaupt noch nicht, was Sie wollen. Ja, Sie wissen noch nicht einmal, was sinnvoll ist. Aber trotzdem wollen Sie mit dem jetzt vorgelegten Haushaltsentwurf und den Einsparvorschlägen natürlich Eindruck schinden.

Ich glaube, das führt nicht allzu weit. Das müßte in kommenden Haushalten - und das müssen wir dann beschließen - überhaupt erst einmal umgesetzt werden, und zwar durch unbedingte Haushaltsvermerke, nicht durch bedingte Haushaltsvermerke, für die es gar keine rechtliche Grundlage gibt, sondern durch unbedingte, gültige Haushaltsvermerke.

Der nächste Punkt: Sie sind überhaupt noch nicht in der Lage, die Einsparungen zu spezifizieren. Ihr Personalabbauprogramm ist nicht etatreif. Ich zitiere Seite 33 des Nachtragshaushaltsentwurfs:

Die Spezifizierung hinsichtlich der Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen wird in dem der Terminierung der kw-Vermerke vorangehenden Haushalt vorgenommen.

Mit anderen Worten: Jetzt wissen Sie noch gar nicht, wo Sie sparen wollen, ob unten, ob oben. Es bleibt einer Konkretisierung in einem späteren Haushalt, den wir dann beschließen müssen, vorbehalten.

Nur: Worüber beschließen wir dann heute, wenn das sowieso einem späteren Haushalt vorbehalten bleibt? - Ich kapiere das wirklich nicht. Ich habe das Gefühl, Herr Schleußer: In Ihrer Haushaltsabteilung ist einiges durcheinander. Sonst hätte Ihnen doch jemand sagen müssen, daß man so haushaltsrechtlich nicht vorgehen kann.

Ich zitiere einmal § 17 Abs. 5 der Landeshaushaltsordnung, der verlangt, daß Planstellen nach Besoldungsgruppen und Amtsbezeichnungen ausgebracht werden. Vermerke, die diese Planstellen "kw" stellen wollen, müssen natürlich genauso spezifiziert werden. Alles andere ist Unsinn, haushaltsrechtlicher Müll, wenn ich das einmal so sagen darf.

Aber ich möchte mit etwas Positivem abschließen. Wir respektieren, daß die Mittel für die rationelle Energienutzung im Nachtragshaushalt deutlich aufgestockt werden. Wenn der Wirtschaftsminister auch noch die entsprechenden Richtlinien verabschieden könnte, dann besteht begründete Hoffnung, daß die Mittel schnell bei den Antragstellern ankommen. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank. - Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abgeordneten Bensmann das Wort.

Abgeordneter Bensmann⁷ (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Walsken, Sie haben eben zu Recht einige Aussagen zum Thema "Personal" angemahnt. Wir haben eine Arbeitsteilung; ich übernehme diesen Teil für meine Fraktion.

(B)

(C)

(D)

(A) (Bensmann [CDU])

Was die gesamte Finanzsituation des Landes angeht - das, denke ich, muß ich hier nicht wiederholen. Nur eine Feststellung: Wir stehen an einem Punkt, an dem die finanziellen Herausforderungen so groß sind, wie sie in der Geschichte der Republik, auch hier in Nordrhein-Westfalen, nie waren. Da sind wir einer Meinung.

Das Gebot der Stunde heißt nicht nur sparen, sondern, wie Sie es auch in dem Kalenberg-Gutachten überschrieben haben: Neu Gestalten, "Modernisieren der Verwaltung".

Wenn wir, und das ist wohl auch unstrittig, im Bereich des Personalumfangs des Landes - das sind 340 000 Bedienstete - in der nächsten Zeit nicht drastische Einsparungen vornehmen - Stichwort: Pensionslasten -, werden wir in Zukunft noch weniger als heute die Chance haben, mit Geld Politik zu gestalten, was Sie ja als Sprecher der SPD-Fraktion soeben deutlich moniert haben.

(B)

Ich hätte von Ihnen, Herr Finanzminister, in einer solchen Stunde eigentlich ein paar grundsätzliche Ausführungen zu grundsätzlichen Fragestellungen erwartet, die wir im Haushalts- und Finanzausschuß schon einmal angesprochen haben, nämlich zu den Fragen: Was erwartet der Bürger an Dienstleistungen vom Staat? Was muß die öffentliche Hand überhaupt vorhalten? Ist das - innere Verwaltung, Finanzverwaltung - eine hoheitliche Aufgabe? Wenn ja, dann müssen wir sie wahrnehmen. Oder ist es keine hoheitliche Aufgabe? Dann sind andere Wege, insbesondere die Privatisierung, zu untersuchen.

Im Bereich des Dienstleistungsangebotes - auch diese Frage haben Sie nicht beantwortet, Herr Minister - müßten wir den Bürgern deutlich sagen, ob wir das alles noch bezahlen können und welche neuen, zeitgemäßen Formen des EDV-Einsatzes analog zur Privatwirtschaft in der öffentlichen Verwaltung umzusetzen sind.

Und auch dies ist sicherlich ein heißes Eisen: Ist im Rahmen des öffentlichen Dienstrechtes eine Modernisierung der Verwaltung, wie Sie sie jetzt einfordern, überhaupt machbar?

(C)

Ich möchte nur einmal das Beispiel "Finanzverwaltung" nennen. Wir bilden jedes Jahr für teures Geld 600 hochqualifizierte Beamte aus. Wir waren mit dem Ausschuß in Nordkirchen. Im letzten Jahr sind 350 von denen weggegangen, und nicht die schlechtesten. Da muß man doch fragen: Warum gehen sie? Ist der öffentliche Dienst, ist das öffentliche Dienstrecht überhaupt noch geeignet, die qualifizierten Mitarbeiter, die wir in der Finanzverwaltung brauchen, an uns zu binden?

Herr Finanzminister, die Untersuchungsergebnisse, die jetzt vorliegen - ein hoher Stapel, kaum lesbar -, schaffen die Voraussetzungen, um die Fragen, die ich eben gestellt habe, zu beantworten.

Ich möchte an dieser Stelle auch im Namen des gesamten Personalausschusses der Arbeitsgruppe "Aufgabenkritik" und Herrn Kalenberg Dank für die Vorarbeiten sagen.

Doch, Herr Finanzminister, was haben Sie daraus gemacht? Ich erinnere an die Haushaltsberatungen 1993. Da haben wir als CDU-Fraktion den Antrag gestellt, 7 000 Stellen schon einmal kw zu stellen. Das haben Sie abgelehnt, weil Sie im Kabinett dafür keine Mehrheit gefunden haben. Jetzt wollen Sie uns mit dem Nachtragshaushalt weismachen, daß Sie diese Gutachten umsetzen. Die Überschrift "Modernisierung der Verwaltung" ist eine Mogelpackung.

(D)

Ich möchte das anhand einiger Zahlen deutlich machen. Im Haushalt ist keine einzige Stellenreduzierung. Die kw-Vermerke beziehen sich auf die einfachsten Dienste; Kollege Wickel von der F.D.P. hat das gerade gesagt. Reinigungsdienste: 737. Frau Ridder-Melchers, das sind meistens Frauen; Sie sollten einmal hinhören, was da in der nächsten Zeit geschieht. Andere Dienste, unbefristet: 484. Und was die Umsetzung angeht: Ab 1994 400 Stellen, ab 1995 900 Stellen und nach 1996 3 100 Stellen; insgesamt nur 5 700 Stellen.

Der zweite entscheidende Punkt, der auch in allen Gutachten steht, - das wurde eben von dem Kollegen Dr. Busch deutlich gemacht -, ist die Umsetzung der Gutachten. Sie geschieht nur teilweise. Auch hier nur zwei Beispiele! Den Vorschlag auf Streichung von

(A) (Bensmann [CDU])

176 Stellen im Bereich der Neuordnung des Landesrechnungshofs übernehmen Sie. Aber wie das organisiert wird, sagen Sie nicht. Der Präsident des Landesrechnungshofs hat das gestern übrigens deutlich moniert.

Im Bereich des Landesamtes für Besoldung schlägt Kienbaum vor, 581 Stellen zu streichen und eine Untersuchung durchzuführen, wie in Zukunft der Bereich "Beihilfe" organisiert werden soll. Dies wollen Sie frühestens im Jahr 2000 umsetzen. Da frage ich mich, wie Sie überhaupt auf die Einsparung von 500 Millionen DM in diesem Jahr kommen. Wer hat Ihnen das ausgerechnet, Herr Walsken? Das ist mir absolut unverständlich.

Dann möchte ich noch eine Feststellung machen, auch wenn der Arbeitsminister jetzt nicht da ist. Im Bereich der Untersuchung der Versorgungsverwaltung hat es 1 100 Einwände gegeben. 1 100 Einwände, meine Damen und Herren; es gibt 3 000 Mitarbeiter. Es gab vier einstweilige Anordnungen vor Gericht, alle abgeschmettert! Der Vorschlag ist: 800 Bedienstete sollen eingespart werden. Ich frage mich, warum es eigentlich solche Einwände gibt, Herr Finanzminister. Wenn man zu dem Vorschlag kommt, hier einzusparen, frage ich mich, warum man damit nicht früher begonnen hat.

(B)

(Zuruf des Ministers Schleußer)

- Ja, natürlich. Als "Steinbruch" hat der frühere Arbeitsminister die Versorgungsverwaltung in der Vergangenheit benutzt, und dem haben Sie sogar zugestimmt.

Die Mitarbeiter sind jetzt zu Recht sauer. Daß sie sich von Externen sagen lassen müssen, wie ihre Verwaltung organisiert wird, empfinden sie natürlich als wenig hilfreich und nicht als Unterstützung ihrer Arbeit.

Ich möchte für die CDU-Landtagsfraktion zum Bereich "Personal" abschließend folgendes feststellen. Wie bei der Verabschiedung des Haushalts 1993 sind auch heute noch die Schwerpunkte "Ausbildung der Kinder" und "innere Sicherheit, Polizei". Herr Frechen, Sie haben vielleicht nachher Gelegenheit, Ihren Wortbruch, was die Umsetzung Ihrer Vorschläge, die

(C)

Sie für den Nachtragshaushalt avisiert haben, angeht, dem Plenum mitzuteilen. Wir werden auch ja sagen bei der Umsetzung des Asylkompromisses. Aber wir stellen genauso fest, - -

(Minister Schleußer: Bei den Ausgaben stimmt das alles bei Ihnen!)

- Nein, wir haben doch einen Vorschlag gemacht, wie wir den Haushalt decken wollen. Das hat Herr Schaurte eben doch in aller Ausführlichkeit ebenso wie bei den Haushaltsberatungen 1993 klargemacht.

(Minister Schleußer: Was davon zu halten ist, habe ich wiederholt dargelegt!)

- Wir haben jetzt doch nicht gesagt, daß wir neue Stellen fordern, sondern, Herr Minister - Entschuldigung, ich weiß, daß meine Redezeit zu Ende ist; nur noch drei Sätze -, wir haben nur gesagt: Das sind weiterhin unsere Schwerpunkte.

Und jetzt hören Sie gut zu, was ich Ihnen sage: Abbau der Ministerialverwaltung. Hier wollen wir eine drastische Schlankheitskur hin zu einem schlanken Staat, und wir wollen eine unverzügliche Umsetzung aller Gutachten - im Ausschuß und hier -, die Aufhebung des "Rasenmähers" Wiederbesetzungssperre - daran haben wir ja wieder herumgedreht; die Hälfte ist schon ausgenommen - und die Überprüfung aller staatlichen Aufgaben, wozu auch das öffentliche Dienstrecht gehört, Herr Minister. Ich denke, die Stunde ist gekommen, auch darüber einmal intensiv nachzudenken. - Vielen Dank.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege. Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Frechen das Wort.

Abgeordneter Frechen (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Von den Vertretern der Opposition sind ja nachdenkliche und inhaltsschwere Worte zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation vorgetragen worden. Wir werden das nicht nur bei der Beratung des Nachtragshaushalts,

(A) (Frechen [SPD])

sondern insbesondere bei der Beratung des Haushalts 1994 zu berücksichtigen haben.

Ich hoffe, Herr Kollege Bensmann - Ihr Copilot Schauerte ist leider nicht mehr da -, daß es dann etwas seriöser zugehen wird als bei dieser, ich darf es wirklich sagen, durchsichtigen und schlichtgemütigen Argumentation des Kollegen. Wenn er mit Recht auf die säkulare Entwicklung hinweist, die wir im Augenblick durchleben, und dann darauf verweist, daß man das Nordrhein-Westfalen-Fest absagen kann, dann bewegt er sich in Relationen, die finanzpolitisch einfach nicht mehr seriös sind. Sie sollten Ihren großen Worten auch entsprechende Taten folgen lassen und vernünftige Vorschläge machen.

Ich will jetzt nicht im einzelnen darauf eingehen, was eigentlich der Sinn des Nachtragshaushalts ist. Ich würde im wesentlichen das wiederholen, was Herr Kollege Walsken und vorher schon der Finanzminister gesagt haben. Es geht im wesentlichen nur darum, die Vereinbarungen umzusetzen, die uns aus dem Solidar-pakt erwachsen, und es geht darum, in ersten Schritten das umzusetzen, was Kalenberg, der Arbeitsstab "Aufgabenkritik", an ersten Ergebnissen vorgelegt hat.

(B)

Präsidentin Friebe: Herr Kollege!

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Nein, herzlichen Dank. Ich ahne, was Sie fragen wollen.)

- Ich wollte fragen, ob Sie eine Zwischenfrage zulassen. Aber Sie haben nein gesagt. Okay.

Abgeordneter Frechen (SPD): Nein, das stört mich, und der Fragesteller ist auch nicht aus diesem Bereich und insofern kaum sachverständig.

(Heiterkeit)

Ich darf also darauf hinweisen, daß das die beiden tragenden Elemente sind. Dazu kamen natürlich noch einige Punkte, die unabweisbar waren, die der Finanzminister genannt hat. Wenn man dann aber angesichts einer guten Einschätzung der voraussichtlichen

(C)

Einnahmen sieht, daß die rezessiven Erscheinungen, die andere Länderhaushalte und den Bund insbesondere bisher schon gravierend getroffen haben, bei uns keinerlei negative Auswirkungen zeigen, wir lediglich den Betrag cum grano salis, der uns aus dem Solidar-pakt erwachsen ist, jetzt über die Nettoneuverschuldung finanzieren müssen und wir damit auf eine Nettoneuverschuldungsquote von 4,4 % kommen, während der Bund trotz großer Worte auf 7,3 % kommt, dann meine ich, daß man nicht den Splitter im Auge der Landesregierung suchen sollte, während man wirklich mit großen Balken in der eigenen Partei und der Koalition in Bonn zu tun hat.

Ich stimme Ihnen zu, Herr Bensmann, daß wir die künftigen Herausforderungen im Haushalt 1994 gemeinsam angehen müssen. Ich sagte das eben bereits.

Dazu gehört selbstverständlich, daß die Organisationsuntersuchungen, die jetzt begonnen worden sind, fortgesetzt werden. Da haben Sie uns voll auf Ihrer Seite. Nur, wir dürfen uns nichts vormachen. Zunächst haben wir ein anvisiertes Stellenvolumen, das nicht im nächsten Jahr voll umsetzbar ist. Das ist das Wesen von kw-Stellen, daß sie nicht sofort umzusetzen sind. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß die GRÜNEN Entlassungen vornehmen wollen, Herr Kollege Busch, sondern wir müssen schon darauf warten, daß Positionen durch Fluktuation frei werden.

(D)

Aber wir haben einen ersten Ansatz von 5 700 Stellen, und weitere 1 000 werden ja aus dem Geschäftsbereich Bauen und Wohnen im nächsten Jahr folgen. Das haben wir uns als ersten Schritt vorgenommen, dem weitere Schritte folgen müssen. Wenn sich das aber personalkostenmäßig darstellen soll, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann kommen wir nicht daran vorbei, auch andere Bereiche zu untersuchen. Das sind die Bereiche, die Sie eben wieder ausgabenwirksam für die Zukunft als Ihre Prioritäten genannt haben.

Wir sollten doch einmal untersuchen, welche Bereiche eigentlich besonders hohe Personalkosten beanspruchen. Ich sage das nur einmal.

(Zuruf des Abgeordneten Bensmann [CDU])

(A) (Frechen [SPD])

Das sind die Schulen, das sind die Hochschulen, das ist die Polizei, das ist das Gerichtswesen. Ich sage nicht, daß wir da weitere Einsparungen vornehmen müssen, ich sage nur: Wir dürfen uns nicht in der falschen Sicherheit wiegen zu glauben, daß wir - was notwendig ist - durch Abbau von Mehrfachzuständigkeiten, von Doppelarbeit, durch Verkürzung von Verfahrenswegen - alles wichtig! -, durch das Lichten des Dickichts der vielen Institutionen - da sind wir einer Meinung -, die sich zwischen den Gemeinden auf der unteren Stufe und den Ministerien auf der oberen Stufe zwischenzeitlich angesiedelt haben, Einsparungseffekte erzielen werden - unter dem Aspekt will ich es zunächst einmal hier behandeln; es gibt andere Aspekte, selbstverständlich -, die so hoch sind, daß wir das alles ausgleichen können, was wir an Mindereinnahmen aufgrund der besonderen Belastungen, die auf uns zukommen, und aufgrund der zurückgehenden Konjunktur, die wohl einige Jahre anhalten wird, haben werden.

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

(B)

Zum Bereich der Polizei will ich gar nicht kneifen. Kollege Wickel hat das angesprochen; Sie sprachen es mit einem Schlenker auch an, Herr Kollege Bensmann, allerdings unterhalb Ihres sonstigen Niveaus, Sie sprachen von Wortbruch. Ich wiederhole hier und heute, daß ich mich dafür einsetze, daß die Nachschlüsselung im mittleren Dienst der Polizei baldmöglichst geschieht und daß wir in diese Nachtragsberatungen das mit einbringen werden. Wir haben als SPD-Fraktion einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt - bereits im November vergangenen Jahres - und haben ihn vor kurzem noch einmal bekräftigt.

Nur, Herr Kollege Bensmann, bitte ich um Verständnis, daß ich bei Ihnen eigentlich voraussetzen darf, daß Sie die Gewaltenteilung kennen. Der Finanzminister ist nicht an einen Fraktionsbeschluß der SPD-Landtagsfraktion gebunden. Er braucht das also nicht in seinen Gesetzentwurf aufzunehmen.

Ich sage aber, und der Finanzminister rechnet schon damit, vermute ich - -

(Minister Schleußer: Nein, damit rechne ich überhaupt nicht!)

(C)

Dann darf ich den Finanzminister mit der Mitteilung überraschen, daß die SPD-Fraktion erwägt, hier Nachschlüsselungen im Rahmen des Nachtragshaushalts vorzuschlagen. Herr Finanzminister, wir erwarten, daß Sie uns in Abstimmung mit dem Innenminister den versprochenen Plan vorlegen, in dem die einzelnen Schritte struktureller Verbesserungen für die Polizei einschließlich der Nachschlüsselung enthalten sind.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich glaube, daß ich hier für die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Landtagsfraktion spreche, daß wir nach wie vor zu unserem Wort stehen, die Situation der Polizei Schritt für Schritt zu verbessern.

(Zuruf des Abgeordneten Bensmann [CDU])

- Sie gestatten, Herr Kollege, daß ich das so ausdrücke, wie ich es sehe. - Wir wollen bei der Polizei nachschlüsseln.

Insofern werden wir auch mit Interesse die Vorschläge der F.D.P. und gegebenenfalls auch der CDU entgegennehmen. Was möglich ist, ist für denjenigen, der in der Verantwortung steht, natürlich etwas schwieriger zu entscheiden. Sie können leicht fordern.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Das, was Sie bisher hier gesagt haben, Herr Kollege Bensmann, waren Ausgabenwünsche, die Sie postuliert haben, allerdings nach Prioritäten gegliedert. Weder Sie noch der Kollege Schauerte haben aber Vorschläge gemacht, wie denn die Deckungslücke, die in den kommenden Jahren auf uns zukommen wird, nur ansatzweise geschlossen werden kann. Bis auf den Verkauf dubioser Grundstücke, Ihre problematische Haltung zur WestLB und der Absage des Sommerfestes haben wir hier heute in diesem Hause keine vernünftigen Deckungsvorschläge gehört.

Ich nehme an, Sie sparen das Pulver für die Haushaltsberatungen, für die Beratung des Nachtragshaushalts auf. Wir warten mit Interesse auf Ihre staatstragenden Vorschläge. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

(A)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Landesregierung erteile ich Herrn Finanzminister Schleußer das Wort.

Finanzminister Schleußer: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe ja Verständnis dafür, Herr Kollege Bensmann, daß der Kollege Schauerte nicht hier sein kann, aber ich bin auch davon überzeugt, daß Sie vieles übermitteln können, was hier im Grundsätzlichen gesagt worden ist, weil ich davon ausgehe, daß Sie eng miteinander kooperieren. Darum sage ich: Die CDU geht insoweit von richtigen Voraussetzungen aus, als sie sagt, daß die wirtschaftliche Lage noch nie in der Republik so ernst war, wie sie zur Zeit ist, und Schmidt mußte bei wesentlich geringeren Verschuldungsraten, bei wesentlich geringeren Schwierigkeiten in der Wirtschaft gehen. Das kann ich voll und ganz unterstreichen, das ist richtig so.

Ich unterstreiche sogar, daß er gesagt hat, wir müßten uns um unseren Haushalt kümmern und nicht nur um den der anderen. Auch das ist richtig, das versuchen wir. Nur, wir gehen nicht so weit zu sagen: Das, was um uns herum geschieht, läßt uns unbeeindruckt, wir leben sozusagen auf einer Insel. Das ist falsch, das geht überhaupt nicht. Wir sind eines von 16 Ländern in der Bundesrepublik, in diesem Bundesstaat. Und da gibt es so viele Abhängigkeiten voneinander, auch von Bundesentscheidungen, daß wir sehr genau sehen müssen, was um uns herum geschieht. Das haben wir getan, und darum habe ich gesagt: Angesichts der Beispiele, die uns die anderen Länder bringen und die uns der Bund zeigt, kann sich dieses Land sehen lassen.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Sehr wahr!)

Es ist richtig: Der Haushalt steigt nicht mehr wie bei der Einbringung um 3,5 %, sondern um 4,4 %. Aber der Bundeshaushalt, der ja nach den gleichen Kriterien - Erschwernisse durch Solidarpakt und Finanzierung der deutschen Einheit - organisiert ist, hat eine Steigerung von 2,5 auf über 7 %.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Hört, hört!)

Das sind doch Zahlen, die man zur Kenntnis nehmen muß. Die Argumente, die der Bund vorbringt, sind

(C)

die gleichen, die ich hier vorbringe. Wieso erkennen Sie diese Argumente an, wenn sie in Bonn geäußert werden? Warum sind sie nicht stichhaltig, wenn sie hier genannt werden und wir noch zu wesentlich besseren Ergebnissen kommen? Sicherlich, man hätte beim Nachtrag üben können. Wir machen das.

Aber was ich der CDU zum wiederholten Male sage, wenn ich höre, daß die Länder bei den Solidarpaktverhandlungen den Bund über den Tisch gezogen haben: Das kann nur jemand sagen, der das, was der Bund ursprünglich gefordert hat, für die einzig mögliche Wahrheit gehalten hat und nicht das, was realistisch war. Von den 55,8 Milliarden DM - eine gewaltige Summe, die wir Jahr für Jahr in die Haushalte der neuen Länder und Gemeinden hinüberbringen -, tragen die Länder ein Volumen von etwa 16 Milliarden DM. Sie haben keine Refinanzierungsmöglichkeiten. Der Bund trägt den Rest, und er trägt natürlich auch die von ihm aufgemachten Schuldentöpfe Kreditabwicklungsfonds, Treuhandfonds; das ist richtig. Der Bund kommt insgesamt auf eine Belastung von 51 Milliarden DM, die ich nicht bestreite.

Aber dann seien Sie doch einmal so ehrlich und so korrekt und halten seine Refinanzierungen dagegen. Sie wissen, daß wir schon im Juni 1991 das erste Solidargesetz hatten - mit einem Solidarbeitrag, der für ein Jahr gegolten hat, aber auch mit einer Erhöhung der Mineralölsteuer, der Tabaksteuer, der Versicherungssteuer. Der Bund erhält aus diesem Solidargesetz nach wie vor Jahr für Jahr einen Betrag von 21 Milliarden DM.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Und der Einkommensteueranteil?)

21 Milliarden DM durch das Solidargesetz Juni 1991! Nur dem Bund zustehende Einnahmen aus Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Versicherungssteuer von 21 Milliarden DM - die laufen durch, Herr Kollege Bensmann.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Ja, und 59, die Sie gerade genannt haben, die er aufbringen muß!)

- Nicht immer so voreilig; hören Sie doch weiter zu. - Bestandteil des Solidarpakts ist es ebenfalls, daß

(D)

(A) (Minister Schleußer)

allein dem Bund ab 1. Januar 1995 30 Milliarden DM Solidarzuschlag zufließen. Wenn Sie diese beiden Summen addieren, 21 Milliarden DM aus dem Solidargesetz vom Juni 1991, 30 Milliarden DM Solidarzuschlag ab 1. Januar 1995, dann wissen Sie, wie hoch die tatsächliche Belastung des Bundes ist. Refinanzierung: 51 Milliarden DM. Diese Zahlen sind unstrittig. Sie wissen, ich habe häufiger Streit mit dem Bundesfinanzminister über Zahlen gehabt; meine haben sich als richtiger herausgestellt.

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Na, na! - Abgeordneter Frechen [SPD]: Das ist eine Frage der Kompetenz!)

Das ist nun einmal so, wie auch heute morgen schon einmal Zahlen unterschiedlich bewertet werden mußten.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Herr Schauerte könnte Bundesfinanzminister werden! - Abgeordneter Hardt [CDU]: Dann müßte er zehn Jahre jünger sein!)

(B)

Wie geht das nun mit der konjunkturellen Entwicklung weiter? - Morgen ist die Sitzung des Finanzplanungsrates. Nun gibt mir heute der Kollege Schauerte den guten Ratschlag mit, ich möchte berücksichtigen, daß die wirtschaftliche Lage, Herr Kollege Bensmann, noch so ist, daß wir mit sehr vorsichtigen Einschätzungen auf die vor uns liegende Zeit zugehen müßten. Der Bundesfinanzminister hat für die morgige Sitzung des Finanzplanungsrates einen Push schon im dritten Quartal 1993 vorhergesagt, ein steiles Nach-oben-Gehen ab 1994, so daß er überhaupt keinen Anlaß sieht, noch gewisse Vorsichtsmaßnahmen einzubauen. Das ist seine Vorlage für den Finanzplanungsrat morgen.

Ich habe da andere Positionen; ich bin da näher bei der Landtagsfraktion der CDU hier. So wie ich mich nicht auf seine optimistischen Zahlen im November eingelassen habe, was die Steuerschätzung anging, sondern realistische Zahlen genommen habe, so werde ich auch dieses Gesundreden von Wirtschaft nicht umsetzen, sondern realistische Zahlen einsetzen. Dann, glaube ich, kommen wir damit ein ganzes Stück weiter.

(C)

Was mich ärgert - das sage ich auch -, sind Vorschläge der CDU, wie denn eigentlich hätte gespart werden können. Ein Grundstück, das zur Zeit nicht verkäuflich ist und das, wenn Sie weiter so darüber reden, praktisch beim Zusehen an Wert verliert, ist der eine Einsparungsvorschlag gewesen.

Wissen Sie, was ich ansonsten nur sehe? Ausgabensteigerungen, Herr Bensmann! Ausgabensteigerungen, an denen Sie kräftig beteiligt sind: Stellenbesetzungssperre aufheben, 180 Millionen DM zur Disposition. Wir werden in diesen Plenartagen noch einen Antrag der CDU beraten, in dem stehen schlicht 10 000 Stellen zusätzlich im Lehrerbereich. Das finde ich eine beeindruckende Sparmaßnahme, die Sie hier vorschlagen; 1 Milliarde DM an Mehrausgaben allein für einen einzigen Personalbereich!

Wenn man solide an Ihre Vorschläge geht, guckt, was realistisch ist, dann sind es die Ausgaben. Ihre Ausgabenforderungen sind das einzig Realistische Ihrer Haushaltspolitik. Das muß man so sagen und kann man nicht anders sehen.

Zu den Einzelmaßnahmen will ich nichts sagen.

Was die Landesvertretung angeht: Wir haben uns gemeinsam darum bemüht, daß Bonn Bundeshauptstadt bleiben soll. Wir waren nicht erfolgreich, haben aber erreicht, daß der Bundesrat auf Dauer in Bonn bleibt und, wenn ich den Kollegen Waigel richtig verstehe, einige Jahrzehnte auch noch der Bundestag.

(D)

(Zuruf der Abgeordneten Hieronymi [CDU])

Wir sind daran interessiert, daß Nordrhein-Westfalen in Bonn und am Regierungssitz vernünftig vertreten wird. Wir halten das für gerechtfertigt.

Herr Kollege Wickel, es ist richtig, daß Sie sagen: Das ist noch eben an uns vorbeigegangen, wir haben ein Polster gehabt. Ich sage: Das war kein Polster, das war Berücksichtigung. Wenn man die wirtschaftliche Entwicklung zu Beginn des Jahres 1992 gesehen hat, durfte man nicht auf die optimistischen Zahlen setzen, durfte man nicht noch Wachstumsraten berücksichtigen, die in die Steuerschätzung November eingeflossen sind, sondern man mußte eher zu den

(A) (Minister Schleußer)

Zahlen kommen, die damals von den Wirtschaftsforschungsinstituten schon genannt worden sind. Das war die Grundlage für unsere Steuereinnahmenschätzung - eine realistischere.

Ich bin noch davon überzeugt - das werden Sie sehen, wenn wir im Juli den Haushalt 1994 im Kabinett verabschiedet haben -, daß 1994 unsere mittelfristige Finanzplanung - die korrigierte zweifellos - noch in etwa stimmt. Nicht mehr stimmen kann sie 1995 und Folgejahre, weil da neue Dinge hinzugekommen sind, die bei den Schätzungen nicht vorausgesehen werden konnten. Auch in Nordrhein-Westfalen wird es ab 1995 deutliche Einbrüche geben. Ich hoffe nur, daß diese Einbrüche nicht ganz so hart sein werden wie in den übrigen Ländern und beim Bund. Ich glaube, ich kann mit einigem Optimismus sagen, daß wir zwar gebeutelt werden, das Beuteln der anderen aber um einiges härter sein wird.

Zur Zinsmarge - ob sie noch realistisch ist. Was wir feststellen können und was wenigen Bürgern aufgegangen ist: Wir haben zur Zeit den seit Jahrzehnten historisch niedrigsten Realzins. 6,5 % ist durchaus eine Marge. Bei einer Preissteigerung von 4 % heißt das 2,5 % Realzins. Ich glaube, daß wir dort nicht so schnell eine Veränderung erfahren werden, so daß auch dies kein optimistischer, sondern ein realistischer Ansatz der Zinsen ist, der auch Bestand hat.

(B)

Daß Organisationsuntersuchungen fortgesetzt werden müssen, darüber gibt es keinen Streit. Ich habe immer gesagt, daß das nur der Beginn war. Sie wissen, daß als nächstes die Ministerien untersucht werden sollen - das Innenministerium, das Wissenschaftsministerium und nicht zuletzt das Finanzministerium. Auch das ist dann nicht das Ende, sondern danach muß es Ergänzungen geben.

Was mich immer wieder beeindruckt, ist, daß die F.D.P. meint, 10 % sei die richtigere Zahl. Da kann man sehr schnell nachrechnen: Das sind 34 000, 35 000 Stellen. Ich würde mich nicht dagegen wehren, muß allerdings sagen: 35 000 Stellen kann man nicht aus einem Bereich schneiden, der insgesamt nur 5 000 Stellen groß ist.

(Abgeordneter Wickel [F.D.P.]: Nicht Ministerien!)

(C)

Das heißt: Man muß dabei auch die großen Blöcke - den Schulbereich, den Hochschulbereich, den Polizeibereich, den Justizbereich und auch den Finanzbereich - sehen; denn diese fünf Bereiche decken über 90 % unseres Gesamtpersonals. Wenn man diese außen vor läßt, wird man nicht annähernd an die 10 % kommen, die Sie genannt haben.

Ich meine, Ihnen in einem Punkt widersprechen zu müssen: Es ist eine ausgewogene Stellenstruktur. Ich kann Ihnen gern eine Liste geben, wieweit der Beamtenbereich, der höhere, der mittlere und der gehobene Dienst, betroffen ist. Er spiegelt die Struktur der Landesverwaltung wider. Es ist richtig, daß mit den Schreibkräften und den Reinigungsdiensten vor allen Dingen und zuerst die unteren Bereiche, Frauen, betroffen sind. Ich bedauere das, aber wenn man nach Kriterien vorgeht, nach denen bestimmte Arbeiten besser, kostengünstiger erledigt werden können, gibt es zu einer solchen Entscheidung keine Alternative. Darum mußte sie getroffen werden.

Ich hoffe nicht, Herr Kollege Wickel, daß wir zu einem Haushaltssicherungsgesetz kommen müssen. Ich kann das aber nicht ausschließen. Man wird sich ansehen, inwieweit der Bund zu Ergebnissen kommt, die auch hier durchschlagen. Wenn man 20 Milliarden DM einsparen muß, ist das auch für den Bundeshaushalt kein Pappenspiel. Eine solche Größenordnung schlägt mit Sicherheit nicht nur in Bonn, sondern auch auf die Länder und Gemeinden durch.

(D)

Es wurde etwas zur organisierten Kriminalität gesagt und offensichtlich ein Widerspruch zwischen dem Finanzminister - von mir aus auch der Landesregierung - und der SPD-Fraktion festgestellt, soweit es um die Polizei geht. Ich sage dazu nur: Was wir an Anstrengungen der Landesregierung gerade im Bereich der Polizei im 93er Haushalt - beim Nachtragshaushalt handelt es sich ja nicht um etwas ganz Neues, sondern um Zusätzliches - gemeinsam mit dem Parlament erreicht haben, ist beeindruckend.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Richtig!)

(A) (Minister Schleußer)

Im Nachtragshaushalt stehen für den Einzelplan 03 auch noch 7 282 Hebungen, Herr Kollege. Das ist ausschließlich für die Polizei.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Auf bundesgesetzliche Bestimmung!)

Es stehen zusätzlich 4 634 Stellenhebungen im Justizbereich an - zusätzlich zu dem, was im Grundhaushalt 1993 schon steht. Ich bestreite nicht, daß das durchgeschlüsselt werden muß.

Die Nachtragshaushalte waren angelegt, Einsparungsmaßnahmen umzusetzen. Aussage der Landesregierung bei der Verabschiedung des 93er Haushalts war: Der Nachtrag gilt der Umsetzung der Organisationsuntersuchungen, dem Abbau von 7 000 Stellen. Ob nun jede Gelegenheit, in der sich das Parlament mit Haushalten beschäftigt, genutzt werden muß, Ausgaben zu erhöhen, darüber werden wir reden müssen. Wir werden das freundschaftlich mit der SPD-Fraktion, mit der CDU-Fraktion und sicherlich auch mit der F.D.P.-Fraktion tun. Ob das mit den GRÜNEN immer so klappt, da habe ich, nachdem ich den Kollegen Busch heute wieder gehört habe, meine Zweifel.

(B) (Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Och, Herr Schleußer!)

Aber vielleicht ändert sich das ja noch.

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Bei Ihnen klappt es erst recht nicht!)

Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Überweisung des Gesetzentwurfes an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an die betroffenen Ausschüsse zustimmen möchte, den bitte ich

(C)

um das Handzeichen. - Ist jemand dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Punkt 7 der Tagesordnung auf:

Die Regionalbörsen stärken - Handelsverbund der Makler der deutschen Wertpapierbörsen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 11/5402

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 11/5523

Ich eröffne die Beratung und darf dem Vorsitzenden des Ausschusses für alle Fraktionen, wenn ich es richtig verstanden habe, das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege Dautzenberg.

Abgeordneter Dautzenberg (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte auf den Zwischenruf des Kollegen Vesper eingehen. Wenn die Fraktion DIE GRÜNEN bei der Sitzung anwesend gewesen wäre, wäre das wahrscheinlich auch mit Ihnen einvernehmlich beschlossen worden.

(D)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Haushalts- und Finanzausschuß hat mich, seinen Vorsitzenden, gebeten, zu dem Thema zu sprechen. Diesem Wunsche komme ich selbstverständlich gerne nach.

Mit Beginn der laufenden Wahlperiode ist die Zuständigkeit unter anderem für Börsenangelegenheiten auf den von mir geleiteten Ausschuß übergegangen. Seit dieser Zeit befassen wir, der Haushalts- und Finanzausschuß, uns intensiv mit diesem Thema und begleiten die Gesetzgebung des Bundes aus der Sicht Nordrhein-Westfalens.

Auch wenn das Landesparlament keinen unmittelbaren Einfluß auf die Entscheidungen hat, war und ist der Haushalts- und Finanzausschuß der Auffassung, daß